

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/58

25. März 1971

Konservative und Reformen

Das Fazit der Reformdebatte im Bundestag

Von Fred Zander SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses
für Wirtschaft

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Ein entscheidender Schritt nach vorn

Zur ersten Lesung des Bundesausbildungs-
förderungsgesetzes

Von Rudolf Hauck SPD-MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Jugend, Familie, Gesundheit

Seite 3 / 48 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Richtlinien für die Durchführung der Wahlen
zu den Vorständen in der Deutschen Kommu-
nistischen Partei" (4)

Seite 4 und 5 / 85 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8199
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 886 847-38
Telex: 886 848/886 847/
886 848 PPP-D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Konservative und Reformen

Das Fazit der Reformdebatte im Bundestag

Von Fred Zander SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Die Opposition hat im Bundestag wieder einmal versucht, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Scheinheilig-besorgt, hatte sie sich in ihrer Großen Anfrage nach dem Stand der inneren Reformen erkundigt. In der Debatte im Plenum suchte sie dem Bild einer stock-konservativen, Reformen eigentlich prinzipiell widerstrebenden Rechtsparlei einige progressive Glanzlichter aufzustecken. Bei diesem Versuch steht die Union sich aber selbst auf den Füßen. Sie wird nicht verdecken können, daß sie nicht zufällig reformfeindlich ist, sondern diese Haltung aufgrund ihrer heutigen soziologischen Struktur einnehmen muß.

In der CDU rufen die Sozialausschüsse heute offen nach einer Abgrenzung nach rechts und werden von der CDU-Führung finanziell trocken gelegt.

In der CSU wird der Landesozialsekretär gefeuert, nachdem er einige Äußerungen des CSU-Landesgruppenvorsitzenden zur Mitbestimmung kritisiert hatte.

In der CDU treten Vertreter von "Adel und Backen" offen und organisiert auf und versuchen, die letzten Reste der Volkspartei des Ahlener Programms zu liquidieren.

Von der CDU meinen die "Evangelischen Monatshefte", es fehle ihr an "Mut vor den Thronen der Wirtschaftskönige". Die Union ist stramm dabei, sich zur Unternehmerpartei zu mausern, und diesen Vorwurf erhob der Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse auch bereits "unverblümt". Das ist der tatsächliche Zustand dieser Parteien, und die Sozialausschüsse wirken dabei so hilflos wie die Mäuse, die beschlossen hatten, der Katze eine Schelle

anzuhängen.

Der Wandel von der Volkspartei zur Unternehmerpartei ist es, der die Union heute zur Diffamierung der Reformpolitik veranlaßt. Die Bundesregierung will mit dieser Politik soziale Nachteile in der Gesellschaft ausgleichen, um von der formalen Gleichheit zur tatsächlichen Gleichheit aller Bürger zu gelangen. Reformen dieser Art und von diesem Umfang haben einen sozialen Bezug. Bessere Bildungschancen und bessere Gesundheitsvorsorge, mehr Umweltschutz und mehr Wohnungen und vieles andere mehr sind Verbesserungen, die nicht die Reichen und Privilegierten, sondern alle begünstigen. Eine konservative Unternehmerpartei aber wird Privilegien erhalten und nicht abbauen wollen.

Die Redner der Opposition im Bundestag nahmen daher auch nicht in erster Linie Stellung zu den gesellschaftlichen Problemen hier und heute, sondern wandten den Blick zurück in die eigene Vergangenheit unter CDU-Kanzlern. Aber der sozialdemokratische Bundeskanzler sagte zu Recht, das die Schwierigkeiten von heute aus den Versäumnissen von gestern kommen. Die Union hatte 20 Jahre lang Zeit, die Reformen zu fördern, die sie heute angeblich will. Aber sie tat schon immer so spät wie möglich und so wenig wie möglich. Heute, wo die sozialliberale Regierung handelt, legt die Union sich weiter quer. Man muß viele dieser Reformmuffel einmal in den Ausschüssen des Bundestages erleben und wird dabei sicher nicht den Eindruck haben, daß sie die Reformpolitik der Regierung unterstützen und vorantreiben wollen.

Mit ihrer Haltung der Reformfeindlichkeit, die nicht zufällig, sondern für Konservative typisch ist, wird die Union aber zunehmend in einen Widerspruch zu den Notwendigkeiten der modernen Industriegesellschaft und zum zunehmenden Reformbewußtsein der Bevölkerung geraten. (-/ex/25.3.1971/ks)

- + +

Ein entscheidender Schritt nach vorn

Zur ersten Lesung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Von Rudolf Hauck SPD-MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Fast unbemerkt, im Schatten der großen Debatte über die inneren Reformen stehend, wurde das Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz) im Bundestag eingebracht und den zuständigen Ausschüssen zur weiteren Beratung überwiesen. Dieser Vorgang hätte mehr parlamentarische Beachtung verdient, denn mit der Vorlage dieses Regierungsentwurfes wird ein weiterer entscheidender Schritt zur Schaffung eines umfassenden, nach einheitlichen Grundsätzen arbeitenden Systems der individuellen Ausbildungsförderung getan. Nachdem im Ersten Ausbildungsförderungsgesetz zunächst die Förderung des Besuchs der weiterführenden allgemein- und berufsfördernden Schulen geregelt wurde, ist es nun dringend erforderlich, die Ausbildungsförderung für den tertiären Bildungsbereich gesetzlich zu verankern. Die nach der Grundgesetzänderung im Rahmen der Finanzverfassungsreform nicht mehr verfassungskonforme Studienförderung nach dem Honnefer und dem Rhöndorfer Modell wird nun bundesgesetzlich geregelt.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz enthält neben materiellen Verbesserungen vor allem wesentliche strukturelle Veränderungen. So ist eine erweiterte Förderung der Praktika vorgesehen. Erstmals wird die Teilnahme an Fernunterrichtslehrgängen gefördert. Es besteht nun ein Rechtsanspruch auf Förderung der Ausbildung im Ausland, die Pflichtdarlehen werden herabgesetzt und auf überdurchschnittliche Leistungen als Förderungsnachweis verzichtet. Vereinfacht wird die Vermögensermittlung und -berechnung sowie die Vermögensanrechnung.

Günstigere Regelungen gibt es auch bei den verschiedenen Freibeträgen. Bei Konflikten zwischen dem Auszubildenden und seinen Eltern werden Vorausleistungen gewährt. Als weitere Schritte zum Ausbau des Systems der Ausbildungsförderung sind die Förderung der Schüler von Berufsfachschulen ohne die Zugangsvoraussetzung Real- schulabschluß sowie der aus Gründen der Ausbildung außerhalb des Elternhauses untergebrachten Schüler der Klassen fünf bis zehn und schließlich alle Schüler der Klasse zehn der weiterführenden Schulen vorgesehen. Die entsprechenden Regelungen sind im Entwurf bereits enthalten; sie sind jedoch gesondert in Kraft zu setzen.

Noch bevor sich dieser Entwurf im parlamentarischen Geschäftsgang befindet, wird er zum Teil heftig kritisiert und als unzureichend bezeichnet. Von studentischer Seite wird besonders bemängelt, daß er die familienunabhängige Förderung nicht enthält. Es ist kein Geheimnis, daß sowohl Regierung als auch Parlament mehr tun möchten, aber dem Gesetzgeber sind von den finanziellen Möglichkeiten her Grenzen gesetzt. Das umfassende einheitliche System der individuellen Ausbildungsförderung läßt sich nur in Stufen verwirklichen. - Trotz der vorhandenen Mängel - von denen einige im Gesetzgebungsverfahren noch behoben werden - bedeutet jedoch dieses Gesetz, das am 1. Oktober 1971 in Kraft treten soll, einen entscheidenden Schritt nach vorn, dem weitere folgen werden, bis eine vollbefriedigende Lösung erreicht ist. (-/ee. 25.3.1971, bgy)

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Richtlinien für die Durchführung der Wahlen zu den Vorständen in der Deutschen Kommunistischen Partei" (4)

Wieviel neue Mitglieder, vor allem junge Menschen, wurden im letzten Jahr aufgenommen?

Wieviel Abonnenten bzw. Leser der UZ gibt es? Sind alle Genossen Abonnenten der UZ?

Im Rechenschaftsbericht sollten nicht nur die Ergebnisse der Gruppentätigkeit aufgezählt, sondern auch die Erfahrungen der Gruppe verarbeitet werden.

Empfehlungen für Arbeitsvorhaben bzw. Arbeitspläne in den Partei- gruppen

In den Wahlversammlungen der Betriebs- und Wohngebietsgruppen sowie der Hochschulgruppen sollten solche Vorlagen beraten werden, die die Parteigruppe nach vorn orientieren. In ihnen sind die Aufgaben, die sich die Gruppen bis zum Parteitag stellen, festzulegen.

Die Arbeitsvorhaben der Gruppe sollten so angelegt sein, daß sie a/ die Rolle unserer Partei als die marxistische Partei der Arbeiterklasse verdeutlichen und ins Bewußtsein der Menschen bringen; b/ durchführbare Aufgaben für Gruppen von Genossen und einzelne Genossen enthalten; c/ realisierbar sind. Solche Beschlußvorlagen, die zusammengenommen die Form eines Arbeitsplanes haben könnten, sollten von den Gruppenvorständen vorher gründlich beraten werden.

Dabei sollte beachtet werden: 1/ Grundlage sind die Dokumente der Partei, die Beschlüsse der Parteivorstandstagen und des Präsidiums, der Landes- bzw. Bezirksvorstände, der Kreis- bzw. Gebietsvorstände.

2/ Orientieren. Die Arbeitspläne der Kreis- bzw. Gebietsvorstände müssen berücksichtigt werden; da sie auf das gesamte Kreisgebiet orientieren, müssen sie in die Arbeitsvorhaben der Gruppen einfließen. Damit wird eine stärkere aktionsbezogene Tätigkeit der Parteigruppen angestrebt.

3/ Bezugnahme. Die Beschlußvorlagen müssen auf die konkreten Verhältnisse des Wirkungsbereichs der Gruppe Bezug nehmen und sich vorrangig an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientieren. In Betriebsgruppen muß auch die Bezugnahme auf gewerkschaftliche Politik und Tätigkeit gesichert sein, in den Wohngebietsgruppen auf weitere Organisationen, die sich z.B. mit Mietproblemen, mit Fragen der Preissteigerung und dergleichen mehr beschäftigen. An den Hochschulen werden vor allem die Fragen der Bildungs- und Hochschulpolitik im Vordergrund stehen.

4/ Ziel. Mit dem Arbeitsvorhaben der Gruppe wird angestrebt,

die Politik der Partei öffentlichkeitswirksamer zu verwirklichen.

5/ Ergebnis. Ergebnis der Verwirklichung solcher Arbeitsvorhaben muß eine politische, ideologische und organisatorische Qualifizierung der Parteigruppen sein. Das wird meßbar in der Agitation an der Verbindung politischer und ökonomischer Fragen, am Besuch unserer öffentlichen Versammlungen, an der Werbung neuer Mitglieder für die Partei und neuer Abonnenten für die UZ. Und nicht zuletzt in der Mitgliedschaft und an der Wahl von Parteimitgliedern in Leitungen und Funktionen anderer gesellschaftlicher Organisationen. Anzustreben ist eine Beteiligung aller Gruppenmitglieder bei der Verwirklichung des Arbeitsvorhabens, um das Prinzip der Kollektivität der Arbeit in den Gruppen zu gewährleisten.

Mit der Erarbeitung und Durchführung solcher Vorhaben entwickeln sich die Gruppen immer mehr zu dem, was sie sein sollen, zu kollektiven Einheiten der Partei an der Basis, die die Politik unserer Partei unmittelbar in gesellschaftlicher Praxis verwirklichen und uns mit den Massen stärker verbinden.

Im nachfolgenden einige Vorschläge, die bei der Erstellung von Arbeitsvorhaben Beachtung finden sollten. Im wesentlichen ergeben sie sich aus der zweijährigen politischen Tätigkeit, der Arbeit der Grundorganisationen unserer Partei und ihrer notwendigen Orientierung auf die nächsten politischen Aufgaben.

Voraussetzung für eine richtige und reale Aufgabenstellung ist die genaue Kenntnis der eigenen Kräfte und der Möglichkeiten, die die Gruppe hat.

Notwendige Aktivitäten, die in Arbeitsvorhaben aller Parteigruppen für die nächste Zeit berücksichtigt werden müssen:

Aktivitäten für eine schnelle Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau in Betrieben und Gewerkschaften, an Hochschulen und in Wohnbereichen.

Maßnahmen der Gruppen, um Kolleginnen und Kollegen sowie Kommilitonen und Nachbarn für die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik zu gewinnen.

Wie können aus Betrieben, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen Zustimmungen für eine Konferenz für europäische Sicherheit gewonnen werden?

Welche Initiativen gegen den Rechtskurs werden entwickelt, wie will die Gruppe die Zusammenarbeit mit anderen Personen und Gruppen organisieren?

Wie arbeitet die Parteigruppe mit der Ausarbeitung "Demokratischer Fortschritt kontra Großkapital"? Welche Maßnahmen legt die Gruppe fest, um im Rahmen der internationalen Solidarität aktiv zu werden? Zum Beispiel: Angela Davis, Vietnam, Spanien u.a. m.

(5. Fortsetzung folgt am 26. März 1971)